



Regierungsratsbeschluss vom 19. Februar 2019

Ständerat; Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit; 18.441 Parlamentarische Initiative. Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubsinitiative; Vernehmlassung

P181642

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Sozialversicherungen BSV zuhanden der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates.

Begründung

Die ständerätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit schlägt als indirekten Gegenvorschlag zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative einen zweiwöchigen, über die Erwerbsersatzordnung (EO) entschädigten Vaterschaftsurlaub vor. Im Vordergrund des Vaterschaftsurlaubs steht das Ermöglichen und Stärken der emotionalen Bande der Väter zu Mutter und Kind. Die Initiative verlangt eine vierwöchige Dauer. Der Regierungsrat unterstützt den Gegenvorschlag der Ständeratskommission. Er erachtet ihn als Schritt in die richtige Richtung. Zudem stellt ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub eine Kompromisslösung dar, die den Bedürfnissen sowohl der Wirtschaft als auch eines familienfreundlicheren Arbeitsumfelds gerecht wird. Zudem ist der Gegenvorschlag für Unternehmen, insbesondere für KMU, finanziell und organisatorisch umsetzbar.

